



Vorlage Nr. 18-O-12-0028

Az.:

Tagesordnungspunkt 11

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Erbenheim am 21. August 2018

Wohnsiedlung „Hochfeld“; bessere Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche

1. Der Magistrat (Sozialdezernat) wird um Stellungnahme zu folgenden Punkten gebeten:
 - 1.1 Welche Möglichkeiten gibt es, die Entwicklungschancen für die hier lebenden Kinder und Jugendlichen deutlich zu verbessern und zumindest dem städtischen Durchschnitt anzunähern?
 - 1.2 Welche konkreten Maßnahmen sind beabsichtigt, um dieses Ziel kurz- bis mittelfristig zu erreichen?
2. Weiterhin möchte der Ortsbeirat wissen, ob mit der verbindlichen Festschreibung sozialer Mindest-Standards in einem sogenannten „Sozial-Index“ die Abwärtsspirale unterbrochen und eine positive Trendwende eingeleitet werden könnte.
3. Gehen wir zutreffend davon aus, dass es nur mit einer schlüssigen Konzeption und zielorientierten, koordinierten Maßnahmen gelingen kann die sozialen Unterschiede zu verringern und die Ausweitung gesellschaftlicher Spannungen zu vermeiden?

Begründung:

Es ist allgemein bekannt, dass es zwischen den verschiedenen Wiesbadener Stadtbezirken ein erhebliches soziales Gefälle gibt. Zu den Bereichen mit „besonders hoher sozialer Bedarfslage“ zählt unstreitig die Wohnsiedlung „Hochfeld“ in Erbenheim. Dies wird aus einem am 04.08.2018 in der Wiesbadener Tagespresse unter der Überschrift „Im Nachteil“ veröffentlichten Bericht deutlich. Danach weist das „Hochfeld“ z.B. bei der Armutsquote der unter 18-Jährigen von 34 Stadtteilen den 5. schlechtesten Wert auf (39,0 von 100). Wir gehen davon aus, dass neuere Zahlen der Jahre 2017/2018 noch ungünstiger sind.

Die hier lebenden Kinder und Jugendlichen haben also von frühester Kindheit an wesentlich schlechtere Bedingungen vom Kindergarten über die Grundschule, dem Übergang in weiterführende Schulen bis hin zum Studium bzw. Eintritt in das Erwerbsleben. Diese Nachteile müssen noch stärker als bisher ausgeglichen werden durch mehr Beratung und Unterstützung der Eltern, intensivere Aufklärung der Migranten, verstärkten Einsatz kompetenter Sozialarbeiter, kurz: eine bessere soziale Infrastruktur. Auch die Intensivierung des seit Jahren stark rückläufigen sozialen Wohnungsbaus könnte dazu beitragen, dass sich die finanzielle Lage der betroffenen Familien verbessert.

Uns ist durchaus bewusst, dass es für die angesprochene Thematik keine einfache, schnell wirkende Lösung gibt. Dennoch muss allen Beteiligten bewusst sein, dass massiver Handlungsdruck besteht. Ansonsten dürfen wir uns bei dieser Lage nicht wundern, dass Politikverdrossenheit wächst und radikale, extremistische Gruppierungen weiteren Zulauf haben.

Einer uns hoffentlich überzeugenden Reaktion sehen wir mit Interesse entgegen.

Beschluss Nr. 0056

Antragsgemäß beschlossen.

Verteiler:

Dez VII z.w.V.

1005 z.d.A.

Reinsch
Ortsvorsteher